

# Folgenreiche Handlung verlangt nach PUK

Selbstverständlich brauche es eine PUK, sagen die Politexperten wie Regula Stämpfli und Andreas Ladner. Alles andere würde den aussergewöhnlichen Vorfällen um die Herausgabe der UBS-Kundendaten durch die Finma nicht gerecht.

BERN – «Die Bundesversammlung kann im Rahmen der Oberaufsicht zur Ermittlung der Sachverhalte und zur Beschaffung weiterer Beurteilungsgrundlagen eine gemeinsame Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) beider Räte einsetzen, wenn



«Eine PUK ist in der grössten Krise unseres Politsystems angebracht»

Regula Stämpfli

gliest Peter Briner (FDP, SH) sagt: «Die GPK hat vor Monaten den Auftrag gefasst, der Sache auf den Grund zu gehen, und sie ist fast am Ziel. Eine PUK würde nur eine unnötige Verzögerung herbeiführen.» Selbst SVP-Nationalrat Max Binder (ZH) findet, eine PUK sei nicht unbedingt nötig, «sofern der Bundesrat wie versprochen sämtliche Dokumente bereitstellt».

## Versagen des Systems

Die Pflicht, sämtliche Dokumente auszuhandigen, hat die Regierung nämlich nur gegenüber der PUK. Auch bei Personenbefragungen hat die PUK

gegenüber der GPK mehr Rechte. Sie kann Zeugen vorladen, die sich bei einer Falschaussage strafbar machen. Sie müssen also, wenn dies die Wahrheit erfordert, auch gegen ihre Vorgesetzten aussagen.

Für die Politologin Regula Stämpfli ist eindeutig, dass der «eklatante» Rechtsbruch der Finma durch die PUK aufgeklärt werden muss, weil diese mehr leisten könne als die GPK. «Wenn eine Demokratie ihren Rechtsstaat bricht, dann ist das ein Versagen des politischen Systems, und dieses gilt es zu untersuchen.» Die PUK als stärkstes politisches Instrument sei deshalb in der grössten Krise des politischen Systems der Schweiz auch angebracht. «Alles andere würde zeigen, dass die Schweizer Parlamentarier nicht gewillt sind, politische Verantwortlichkeiten zu

prüfen und Lehren zu ziehen.» Eine jetzt verpasste PUK würde in den Geschichtsbüchern der Zukunft so gedeutet, «dass die Allianz von Finanzwirtschaft und Politik offenbar stark genug war, um den allgemeinen Interessen der Bevölkerung nach Good Governance entgegenzuwirken. Auch ihr Kollege Andreas Ladner sagt klar: «Hier handelt es sich in der Tat um eine sehr schwerwiegende und folgenreiche Handlung. Eine Aufklärung der Rechtmässigkeit durch eine PUK ist sicher symbolträchtiger als die Prüfung durch die GPK und wird der Sache eher gerecht.»

## Vorteil für die SVP

Dass sich die Untersuchungen durch eine PUK verzögern könnten, erachtet Ladner als nicht entscheidend: «Ich bin nicht der Ansicht, dass die Unter-

suchung besser heute als morgen abgeschlossen werden muss.» Dass die Forderung nach einer PUK als Mittel im beginnenden Wahlkampf eingesetzt wird, ist für ihn klar. «Sicher ist die Forderung nicht ganz selbstlos.» «In den letzten Jahren hat sich vor allem die SVP damit profiliert, indem sie häufig nach einer PUK rief und nach den Schuldigen suchte.»

Auch Stämpfli ist überzeugt, dass damit vor allem SP und SVP punkten. «Aber das ist kein Argument, um das Versagen des politischen Systems nicht zu untersuchen.» Schon einmal, nämlich beim Swissair-Debakel, habe man es verpasst, eine PUK einzusetzen, findet sie. «Dies führte dazu, dass die Verantwortlichen nie Red und Antwort stehen mussten. Das vergisst die Bevölkerung nicht leicht.»

KARIN LANDOLT

## PARLAMENTARISCHE UNTERSUCHUNGSKOMMISSION (PUK) BISHER VIERMAL EINGESETZT

### Mirage-Affäre

■ 1964: Die erste PUK unter der Leitung von Kurt Furgler (CVP) untersuchte das Vorgehen bei der Beschaffung von Mirage-Kampfflugzeugen. Wie kam es dazu, dass der Bundesrat, nachdem er nach einem vom Parlament bewilligten Kredit von 871 Millionen weitere 600 Millionen beantragte? Der PUK-Bericht war vernichtend. Er beschuldigte das Militärdepartement, Regierung, Parlament und Öffentlichkeit getäuscht zu haben. Der Kommandant der Luftwaffe wurde gefeuert, der Generalstabschef trat zurück und der Vorsteher des Militärdepartements, Paul Chaudet (FDP) verzichtete 1966 auf eine weitere Amtszeit. Das Militärdepartement erhielt in der Folge die fachlichen und finanziellen Mittel zur Vorbereitung seiner Projekte.

### Fall Kopp

■ 1989: Nach dem Rücktritt von EJPD-Vorsteherin Elisabeth Kopp (FDP) untersuchte die PUK unter der Leitung von Moritz Leuenberger (SP) die Umstände um einen verhängnisvollen Anruf der Bundesrätin. Sie wurde verdächtigt, geheimdienstliche Informationen an ihren Mann weitergeleitet zu haben. Weiter stand die Frage im Raum, ob sie gar Geldwäschereigeschäfte ihres Mannes gedeckt habe. Die PUK konnte ihr keine Amtsheimisverletzung nachweisen. Dafür löste sie den anschliessenden Fichenskandal aus, der das Vertrauen der Bevölkerung in den «Schnüffel-Staat Schweiz» nachhaltig erschütterte. Die Folgen davon waren das Bundesgesetz über den Datenschutz und die Einsetzung eines Datenschutzbeauftragten.

### Geheimdienste im EMD

■ 1990: Im Rahmen der PUK zur Fichentätigkeit der Bundespolizei im EJPD stiessen die untersuchenden Parlamentarier unter der Leitung von Carlo Schmid (CVP) auf die Existenz der geheimen Widerstandsorganisation P-26. Im Widerspruch zum Neutralitätsgrundsatz der Schweiz gab es im Ausbildungsbereich enge Beziehungen zum britischen MI6, der wiederum in Organisationen der Nato involviert war. Entdeckt wurde auch der Nachrichtendienst P-27. Die PUK «zur besonderen Klärung von Vorkommnissen von grosser Tragweite im Eidgenössischen Militärdepartement» untersuchte Aufbau, Organisation und Tätigkeit der beiden Organisationen. Die P-26 und die P-27 wurden als Folge der Untersuchung aufgelöst.

### Pensionskassendebakel

■ 1996: Organisations- und Führungsprobleme bei der Eidgenössischen Versicherungskasse PKB führten zur vierten und vorläufig letzten PUK. Unter der Leitung des damaligen Glarner FDP-Ständesrates Fritz Schiesser wurden chaotische Zustände in Bezug auf die Führung, die Datenerfassung und die Dossierverwaltung festgestellt. Bis zum Ende der Untersuchungen konnte der genaue Schaden der Bundespensionskasse nicht eruiert werden. Die PUK bezeichnete in ihrem Schlussbericht den damaligen Finanzminister Otto Stich (SP) als Hauptschuldigen am Debakel. Den Posten räumen musste aber die Direktorin der PKB. Die Erkenntnisse der PUK trugen wesentlich zur Sanierung der Versicherungskasse bei. (kal)

Vorkommnisse von grosser Tragweite der Klärung bedürfen», dies der Artikel 163 im Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz).

Die Politik streitet sich nun darüber, ob im Zusammenhang mit der illegalen Aktion der Finanzmarktaufsicht (Finma) eine PUK eingesetzt werden soll oder ob die Geschäftsprüfungskommission (GPK), die bereits mit dieser Aufgabe betraut wurde, genügt. Für die SP, die SVP und die Grünen ist der Fall klar: Die Tragweite des Falles ist gross, es braucht das schärfste aller politischen Instrumente, um zu klären, wie es dazu kam, dass die Finma widerrechtlich UBS-Kundendaten herausgab, und wer letztlich dafür die Verantwortung trägt.

Die Mitteparteien wollen sich mit einer Klärung durch die GPK begnügen. Ständerat und Kommissionsmit-

## Gegenwind für Megatrucks

Umweltverbände machen gegen Grosslastwagen mobil. Mit politischen Mitteln soll verhindert werden, dass bis zu 60 Tonnen schwere Camions auf den Schweizer Strassen verkehren können.

CHIASSO – In 15 Kantonen haben Umweltverbände schon parlamentarische Vorstösse lanciert. In den Begehren wird der Bundesrat aufgefordert, gegen eine Zulassung der 60-Töner Stellung zu beziehen. Eine Standesinitiative im Tessiner Grossen Rat fordert beispielsweise den Bund auf, die Länge der Lastwagen in der Schweiz auf 18,75 Meter und das Gewicht auf 40 Tonnen zu beschränken. Das hiesige Strassennetz sei nicht geeignet für 60 Tonnen schwere Lastwagen. Eine Anpassung durch Ausbauten würde sehr hohe Kosten verursachen, sagte der Basler SP-Grossrat Guido Vogel gestern vor den Medien. Zudem würde die Verlagerungspolitik gefährdet.

### 60-Töner in der EU im Test

In EU-Ländern wie Deutschland, Belgien, Dänemark oder den Niederlanden werden derzeit die Auswirkungen von Megatrucks getestet. Umweltverbände befürchten, dass die EU unter dem Druck der Lastwagenlobby ein-

knicken und grünes Licht für 60-Töner geben wird. Es sei daher wichtig, dass man bereits im jetzigen Stadium der Diskussionen Präsenz markiere und eine breite Front aufbaue. Denn wenn die EU erst einmal eine entsprechende Verordnung erlassen habe, stehe die Schweiz unter Zugzwang, sagte der Tessiner SP-Grossrat Carlo Lepori. Gemäss einer Umfrage der Alpen-Initiative wollen 80 Prozent der Schweizer keine 60-Töner auf den Strassen. Auch in Europa hätten verschiedene Umfragen eine breite Ablehnung ergeben, heisst es in einer Mitteilung des Verkehrs-Clubs der Schweiz (VCS) und der Alpen-Initiative.

### Initiative für den ÖV

Der VCS will dieses Jahr aber nicht nur gemeinsam mit insgesamt 33 weiteren Verbänden gegen die Gigaliner kämpfen. Auf seiner Agenda 2010 steht auch die Einreichung seiner Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr». Sie fordert, dass künftig doppelt so viele Einnahmen aus der Mineralölsteuer für den öffentlichen Verkehr eingesetzt werden wie bisher. Da die nötigen 100000 beglaubigten Unterschriften schon beisammen sind, will der VCS die Initiative bereits in der ersten Hälfte des Jahres einreichen, wie er gestern bekannt gab. Theoretisch hätte er Zeit bis zum 17. September. (sda)

## Rekordhageljahr

ZÜRICH – 2009 geht als Hageljahr der Rekorde in die Geschichte ein. Wie die Hagelversicherung mitteilte, gingen bei ihr noch nie derart viele Schadenmeldungen ein. Fast jeder zweite versicherte Bauer hatte Schäden zu beklagen. Insgesamt gingen 16700 Schadenmeldungen ein. Im Vorjahr waren es 6400 Meldungen gewesen. Die Schadenzahlungen vervierfachten sich gegenüber 2008 auf 111 Millionen Franken, womit sie das Prämienvolumen um das Doppelte überstiegen. (sda)

## Gegen Stimmrecht

BERN – Ausländerinnen und Ausländer sollen im Kanton Bern auf Gemeindeebene nicht abstimmen dürfen. Das Kantonsparlament empfiehlt dem Stimmvolk, eine entsprechende Volksinitiative abzulehnen. Eine knappe Mehrheit im Rat war der Ansicht, das Stimm- und Wahlrecht müsse ans Bürgerrecht gekoppelt sein. Ein Volksbegehren für das Ausländerstimmrecht auf Kantonsebene wurde demgegenüber in der Waadt mit 14100 Unterschriften eingereicht. (sda)



Maria Roth-Bernasconi  
Conseillère nationale

## WO SIND DIESE AKTEN ZUM FALL UBS?

Maria Roth-Bernasconi (SP, GE), Präsidentin der nationalrätlichen GPK, zeigte sich gestern mit dem Bundesrat unzufrieden: Sollte sich die Landesregierung der Herausgabe der Akten widersetzen, so drohe wohl eine parlamentarische Untersuchungskommission, sagte sie. Bild: key